

Berlin

47 Empfehlungen für Klimapolitik

[11.07.2022] In Berlin haben in den vergangenen acht Wochen 100 zufällig ausgeloste Berlinerinnen und Berliner 47 Empfehlungen für die künftige Klimapolitik in der Hauptstadt erarbeitet. Die Empfehlungen wurden jetzt an die Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz überreicht.

Der Berliner Klimabürger:innenrat hat jetzt im Abgeordnetenhaus seine Empfehlungen für die künftige Klimapolitik in der Hauptstadt an die Senatorin für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz, Bettina Jarasch, überreicht. Wie die zugehörige Senatsverwaltung berichtet, sind es genau 47 Empfehlungen, die in den vergangenen acht Wochen von 100 zufällig ausgelosten Berlinerinnen und Berlinern erarbeitet und beschlossen wurden. Der Fokus habe dabei auf den Themen Mobilität, Energie und Gebäude gelegen. Auch vier übergeordnete Leitsätze seien entwickelt worden. Der erste Leitsatz des Klimabürger:innenrats lautet: „Klimaschutz hat oberste Priorität. Er muss zügig, entschlossen und sozial gerecht umgesetzt werden.“ 97 Prozent der Mitglieder hätten dem zugestimmt.

In ihren Empfehlungen sprächen sich die Bürgerinnen und Bürger dezidiert für schnellere Klimaschutzmaßnahmen aus, aber auch für eine stärkere Einbeziehung der Bevölkerung sowie für klare Regeln zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes in der Hauptstadt. In der Abstimmung habe die Mehrheit der Empfehlungen hohe Zustimmungswerte erhalten.

Vorschläge im Bereich Mobilität

Senatorin Bettina Jarasch erläutert: „Der Klimabürger:innenrat hat klare und präzise Empfehlungen vorgelegt, mit denen die Politik sich nun gründlich beschäftigen wird – sowohl der Senat als auch das Abgeordnetenhaus. Ganz offensichtlich wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger noch mehr wirksame Maßnahmen zur Reduzierung des Autoverkehrs. Darüber werden wir reden müssen. Der Senat wird die Empfehlungen im neuen Klima-Ausschuss beraten, das Abgeordnetenhaus im parlamentarischen Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz.“

Laut Senatsverwaltung gab es im Bereich Mobilität unter den Bürgerinnen und Bürgern die höchste Zustimmung zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs: „Wir empfehlen, attraktivere Alternativen zum motorisierten Individualverkehr (MIV) zu schaffen, durch den barrierefreien Ausbau des kompletten ÖPNV-Angebots in Berlin, insbesondere auch in den Zonen B und C.“ Bei der Verteilung von Straßenraum sprächen sich die Bürgerinnen und Bürger deutlich für den Vorrang von Bussen und Fahrrädern gegenüber dem Autoverkehr aus: Dazu gehöre der Ausbau von Busspuren und Fahrradwegen sowie eine schnellere Taktung im ÖPNV. Der Klimabürger:innenrat empfehle zudem, Autofahren in Berlin weniger attraktiv und das Parken teurer zu machen. Als Sofortmaßnahme schlugen die Mitglieder autofreie Tage vor, an denen der öffentliche Nahverkehr kostenlos ist. Der Rat spreche sich darüber hinaus für die sofortige Ankündigung einer emissionsfreien Innenstadt ab 2030 aus. Von diesem Jahr an sollten innerhalb des S-Bahn-Rings keine Verbrennerfahrzeuge mehr fahren dürfen. 59 Prozent der Mitglieder des Klimabürger:innenrats sprächen sich auch gegen den Ausbau der A100 aus. Eine knappe Mehrheit habe die Empfehlung zur Ausweitung von Tempo 30-Zonen in der Stadt erhalten.

Bereich Gebäude und Energie

Im Bereich Gebäude setzten die Bürgerinnen und Bürger auf eine schnellere energetische Sanierung des Gebäudebestands. Dazu sollten auch Sanierungspflichten beitragen, für die sich Berlin beim Bund stark machen soll. Auch in Milieuschutz-Gebieten sollten energetische Sanierungen im Interesse des Klimaschutzes möglich sein, Luxus-Sanierungen dagegen weiter verboten bleiben. Dabei sei dem Rat ein Schutz vor Mieterhöhungen und Rücksicht auch auf die Belange kleiner Vermieterinnen und Vermieter wichtig. Bei Neubauten sollten verschiedene Wohnungstypen berücksichtigt werden und Wohnungstauschbörsen sowie Mehrgenerationenhäuser gefördert werden.

Die Empfehlungen im Bereich Energie hätten insgesamt die höchsten Zustimmungswerte der Bürgerinnen und Bürger erhalten. So sprachen sich die Mitglieder für eine Reduktion bürokratischer Hürden aus, etwa bei der finanziellen Beteiligung der Bevölkerung am Solarausbau. Auch Bürgerenergieanlagen sollten gefördert werden. Es solle den Berlinerinnen und Berlinern außerdem ermöglicht werden, eigene kleine PV-Anlagen, etwa auf dem Balkon, zu installieren. Das Land Berlin solle dafür im landeseigenen Stromnetz die technischen Voraussetzungen schaffen. Der Klimabürger:innenrat empfehle zudem ein Verbot von Gas- und Ölheizungen, auch im Bestand – bis 2035 sollten sie schrittweise ausgetauscht werden. Außerdem sollen Studiengänge und Ausbildungsgänge im Bereich klimaneutrale Wärmewende und Solarausbau gefördert werden, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Selbst eingebracht hatten die Mitglieder des Klimabürger:innenrats die zusätzlichen Themenfelder Konsum und Grünflächen. Hier empfehle der Klimabürger:innenrat unter anderem eine stärkere Aufklärung für klimafreundliches Konsumverhalten, zum Beispiel in Bezug auf den Fleischkonsum, und den Ausbau der Bildungsarbeit zur Kreislaufwirtschaft. Lebensmittelverschwendung solle durch eine gesetzliche Regelung aktiv bekämpft werden. Berlin solle zudem Vorreiter bei der Dachbegrünung und Entsiegelung von öffentlichen Flächen sein.

(th)

Hier finden Sie alle Empfehlungen des Berliner Klimabürger:innenrats.

Stichwörter: Politik, Berlin, Klimabürger:innenrat